



Zur sofortigen Veröffentlichung

## Medienmitteilung

Schweiz/ Glarus

### Amnesty International fordert Untersuchung der Behandlung von AsylbewerberInnen durch die Glarner Polizei

London/ Bern, 4. August 2003. Amnesty International fordert die Glarner Behörden auf, eine gründliche und unabhängige Untersuchung der angeblichen Fälle von grausamer, unmenschlicher und degradierender Behandlung von AsylbewerberInnen im Zuge von polizeilichen Hausdurchsuchungen in Ennenda und Linthal einzuleiten. BeamtInnen, die Menschenrechtsverletzungen für schuldig befunden werden, sollen gerichtlich belangt und die Opfer von solchen Übergriffen angemessen entschädigt werden.

Ungefähr um 5 Uhr 30 am 2. Juli 2003 führte eine Spezialeinheit der Glarner Polizei simultan Hausdurchsuchungen im Durchgangszentrum Rain in Ennenda und in einem Wohnhaus von Einwanderern in Linthal durch.

Im Zusammenhang mit diesen Hausdurchsuchungen sind gegen die Polizei des Kantons Glarus schwerwiegende Vorwürfe wegen angeblichen Misshandlungen erhoben worden. Unter anderem wurde Folgendes berichtet:

- Die PolizistInnen sollen Helme und Brillen getragen haben, die sie unkenntlich machten.
- Die PolizistInnen sollen, nachdem sie Haus- und Zimmertüren mit Hämmern eingeschlagen hatten, die BewohnerInnen aus ihren Betten auf den Boden gezerrt und sie an Händen und Füssen gefesselt haben.
- Die PolizistInnen sollen den Gefesselten schwarze Kapuzen übergezogen haben, so dass diese nichts mehr sehen konnten.
- Die PolizistInnen sollen einigen männlichen Festgenommenen die Hosen und Unterhosen ausgezogen, ihnen Nummern an den Rücken geklebt und sie anschliessend unter Gelächter in sexuell demütigender Stellung von hinten fotografiert haben.
- Die im Durchgangszentrum Rain Festgenommenen sollen gemeinsam für mehrere Stunden in einen Raum gesperrt worden sein – immer noch gefesselt, mit Kapuzen über den Köpfen und dem Verbot, miteinander zu sprechen.
- Ein 16-jähriger Junge, ein Asylbewerber aus einem Bürgerkriegsland, sei über die Hausdurchsuchung so erschrocken, dass er aus einem Fenster im dritten Stock sprang und sich schwere Rückenverletzungen zuzog. Es wird berichtet, er habe keine ausreichende medizinische Versorgung erhalten.

Amnesty International fordert, dass rasch eine gründliche und unabhängige Untersuchung eingeleitet wird, die klärt, ob die internationalen Menschenrechtsstandards eingehalten worden sind. Eine solche Untersuchung, deren Vorgehensweise und Resultate so bald wie möglich veröffentlicht werden müssen, dient dazu, die Grundrechte von Opfern von Übergriffen und den Ruf von PolizistInnen zu schützen, denen fälschlicherweise Misshandlungen vorgeworfen werden.

Die Glarner Polizei behauptet, die Hausdurchsuchungen seien gesetzmässig und verhältnismässig durchgeführt worden. Nach Kenntnis von Amnesty International hat die Glarner Polizei bestätigt, dass die BewohnerInnen gefesselt wurden, dass sie sich für Sicherheitskontrollen entkleiden mussten, dass ihnen Nummern an den Rücken geklebt wurden, dass ihnen verboten wurde, miteinander zu sprechen und dass ihnen Kapuzen über den Kopf gezogen worden seien, um Augenkontakt zwischen ihnen zu

Amnesty International ist eine weltweite Bewegung, die für die Förderung und Verteidigung der fundamentalen Menschenrechte arbeitet. Unabhängig und unparteiisch, zielen ihre Aktionen auf schnellste und wirksame Hilfe für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen.

Die Aktivitäten der Organisation sind nur durch ihre Mitglieder und mit privaten

Amnesty International est une organisation mondiale, oeuvrant à la promotion et à la défense des droits humains fondamentaux. Indépendante et impartiale, Amnesty International fonde son action sur la rapidité et l'efficacité de l'aide aux victimes des violations des droits de la personne.

Ses activités sont financées par ses seuls membres et par des dons privés.



**Amnesty  
International**

verhindern. Die Polizei bestreitet, dass Festgenommene in sexuell demütigender Stellung fotografiert worden seien. Die Polizei wies auch darauf hin, dass die beteiligten BeamtInnen als PolizistInnen erkennbar gewesen seien.

**Ende der Medienmitteilung**

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an: Amnesty International, Schweizer Sektion, Medienstelle, Tel. 031 307 22 22, [presse@amnesty.ch](mailto:presse@amnesty.ch), oder an die für die Schweiz zuständige Expertin des Internationalen Sekretariats von Amnesty International in London: Nerys Lee, Tel. 0044 20 74 13 56 72.